

Antrag

der Abgeordneten Klaus Brähmig, Gunnar Uldall, Ernst Hinsken, Peter Rauen, Anita Schäfer, Ilse Aigner, Günter Baumann, Hans-Dirk Bierling, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Monika Brudlewsky, Wolfgang Dehnel, Thomas Dörflinger, Dr. Hans Georg Faust, Albrecht Feibel, Gottfried Haschke (Großhennersdorf), Georg Janovsky, Dr.-Ing. Rainer Jork, Dr. Harald Kahl, Ulrich Klinkert, Manfred Kolbe, Dr. Paul Krüger, Dr. Michael Luther, Dr. Friedbert Pflüger, Christa Reichard (Dresden), Hans-Peter Repnik, Hannelore Rönsch (Wiesbaden), Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke), Reinhard Freiherr von Schorlemer, Edeltraut Töpfer, Arnold Vaatz und der Fraktion der CDU/CSU

Weltausstellung EXPO 2000 als Chance für den Wirtschafts- und Tourismusstandort Deutschland nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesrepublik Deutschland wird mit der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover vom 1. Juni bis zum 31. Oktober fünf Monate lang im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit stehen und ein Diskussionsforum für die zentralen sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen des dritten Jahrtausends bieten. Zehn Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung kann damit auch der Stand des beispiellosen Zusammenwachsens zweier sich einstmals bekämpfender politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Systeme weltweit dokumentiert werden.

Die vier Säulen der EXPO 2000 sind die phantasievollen Pavillions der rund 180 teilnehmenden Nationen und internationalen Organisationen, der Themenpark mit spektakulären Vorführungen und Simulationen, ein attraktives Kultur- und Ereignisprogramm sowie – erstmals bei einer Weltausstellung – über 800 weltweite Projekte außerhalb des zentralen Ausstellungsgeländes in Hannover, davon 280 in Deutschland unter Beteiligung aller Bundesländer. Mit einem Investitionsvolumen von ca. 25 Mrd. DM konnten allein mit den in Deutschland angesiedelten weltweiten Projekte 25 000 hochqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten werden.

Die EXPO 2000 ist für Deutschland eine nationale Aufgabe, da sie die einmalige Chance bietet, sich in der ganzen Welt als moderner, hochleistungsfähiger und zukunftsorientierter Wirtschaftsstandort sowie gleichzeitig auch als gastfreundliches und attraktives Reise- und Urlaubsland zu präsentieren. Der Erfolg der EXPO hängt in großem Umfang davon ab, inwieweit die angestrebte Zahl von 40 Millionen Besuchern auch tatsächlich erreicht wird. Nach vielen kriti-

schen und kontrovers geführten Diskussionen über die Vermarktungsstrategien stehen den EXPO-Besuchern mittlerweile offensichtlich genügend kundenfreundliche Buchungsmöglichkeiten und attraktive Pauschalangebote zur Verfügung. Die EXPO-Generalkommissarin Birgit Breuel und ihre Mannschaft haben eine gute Ausgangslage geschaffen und ein beeindruckendes Angebot für die Besucher zusammengestellt. Wenige Wochen vor der Eröffnung der Weltausstellung gibt es jedoch noch Handlungsbedarf zur Verbesserung der Rahmenbedingungen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. den Großraum Hannover für die Dauer der EXPO 2000 zu einer Pilotregion zur Entbürokratisierung und Deregulierung zu machen, um zu einer Attraktivitätssteigerung der Weltausstellung beizutragen und wertvolle Erfahrungen aus dieser einzigartigen Veranstaltung mit Millionen in- und ausländischen Besuchern zu sammeln;
2. auf Ausnahmeregelungen bei den arbeitsrechtlichen Voraussetzungen für die Durchführung dieser einzigartigen, zeitlich begrenzten Großveranstaltung hinzuwirken, vor allem im Hinblick auf die kurzfristige Einstellung von Aushilfskräften etwa in der Gastronomie und im Beherbergungsbereich;
3. die bisher im Haushalt der EXPO 2000 Hannover GmbH sowie der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) vorgesehenen Mittel zur touristischen Vermarktung der EXPO im In- und Ausland kurzfristig um insgesamt 50 Mio. DM zu erhöhen, um die angestrebte Besucherzahl zu erreichen und andernfalls erheblich höhere Folgekosten des Bundes zu verhindern;
4. die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die EXPO-Geschäftsführung bei auftretenden operativen Problemen schnell handeln kann und dabei auch kurzfristig jede nötige Unterstützung der Bundesregierung erhält;
5. darauf hinzuwirken, dass bei der EXPO-Vermarktung die 280 in Deutschland registrierten weltweiten Projekte verstärkt berücksichtigt werden, um einen wichtigen Beitrag für Reisen von EXPO-Besuchern in alle 16 Bundesländer zu leisten;
6. ein Konzept zur touristischen Nachbereitung der EXPO für das Jahr 2001 und die Folgejahre vorzulegen, damit eine nachhaltige positive Wirkung der Weltausstellung für den Tourismus- und Dienstleistungsstandort Deutschland erreicht werden kann;
7. spätestens bis zum auf der EXPO stattfindenden Welttourismustag am 27. September 2000 ein mit den Bundesländern abgestimmtes Konzept für das angekündigte „Jahr des Tourismus in Deutschland“ im Jahr 2001 vorzulegen, das auch die touristische Nachbereitung der EXPO in diesem Jahr enthält;
8. bei offiziellen Besuchen von ausländischen Staatsoberhäuptern und Regierungschefs auf der EXPO die Vertreter demokratisch legitimierter Regierungen wie z. B. Österreichs gegenüber Vertretern nicht demokratisch legitimierter Regierungen wie etwa Kubas nicht zu benachteiligen;
9. sich dafür einzusetzen, dass die EXPO nicht zum Ziel tarifpolitischer Auseinandersetzungen – etwa bei der Deutschen Bahn AG – wird, die dem Image der Weltausstellung und dem Bild Deutschlands in der Welt insgesamt nachhaltigen Schaden zufügen könnten;
10. die wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Ergebnisse der EXPO sowie die gesammelten Erfahrungen bei der Durchführung von Großveranstaltungen

gen (z. B. Verkehrsmanagement, Werbung und Marketing sowie Sicherheitskonzepte) zu archivieren und Bund und Ländern kostenlos zur Verfügung zu stellen;

11. angesichts der Präsentation des Transrapids als weltweites EXPO-Projekt Nr. 49716 des Landes Niedersachsen, zur Untermauerung seiner Glaubwürdigkeit als leistungsfähige Zukunftstechnologie und um die einzigartige weltweite Medienpräsenz bei der Weltausstellung zur Stärkung des ausländischen Interesses am Transrapid und dessen Exportmöglichkeiten zu nutzen,
 - die Planfeststellungsverfahren für die Referenzstrecke Hamburg–Berlin erfolgreich zum Abschluss zu bringen,
 - in enger Kooperation mit den beteiligten Unternehmen sicherzustellen, dass das Know-how wie das Patent für den Transrapid in Deutschland gesichert und damit die Möglichkeit zur weiteren Forschung, Entwicklung und Anwendung dieser Zukunftstechnologie hier bestehen bleibt;
12. darauf Einfluss zu nehmen, dass gleich zu Beginn der EXPO Sonderangebote der Deutschen Bahn AG aufgelegt werden, um zu einem guten Start der Weltausstellung beizutragen.

Berlin, den 16. Mai 2000

Klaus Brähmig
Gunnar Uldall
Ernst Hinsken
Peter Rauen
Anita Schäfer
Ilse Aigner
Günter Baumann
Hans-Dirk Bierling
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Monika Brudlewsky
Wolfgang Dehnel
Thomas Dörfflinger
Dr. Hans Georg Faust
Albrecht Feibel
Gottfried Haschke (Großhennersdorf)
Georg Janovsky
Dr.-Ing. Rainer Jork
Dr. Harald Kahl
Ulrich Klinkert
Manfred Kolbe
Dr. Paul Krüger
Dr. Michael Luther
Dr. Friedbert Pflüger
Christa Reichard (Dresden)
Hans-Peter Repnik
Hannelore Rönsch (Wiesbaden)
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Edeltraut Töpfer
Arnold Vaatz
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

